

Dieter Bingen

Die Politik Polens und anderer ostmitteleuropäischer Staaten im deutschen Vereinigungsprozeß 1989/90

Schriftliche Vorlage

Die drei ostmitteleuropäischen Staaten Polen, die Tschechoslowakei und Ungarn haben auf unterschiedliche und individuell ganz charakteristische Weise den Prozeß der Vereinigung der beiden deutschen Staaten in den Umbruchmonaten 1989/90 beeinflußt. Bei der Betrachtung und Analyse der Vorgänge, die zur Vollendung der staatlichen Einheit Deutschlands am 3. Oktober 1990 führten, sind grob zwei Phase voneinander zu trennen: eine *erste Phase* bis zum 9. November 1989, in der ein innerer Gärungsprozess in der DDR mit internationalen Auswirkungen (Massenflucht) die europäische Umwelt in Atem hielt, und eine *zweite Phase*, die unmittelbar nach dem Mauerfall die deutsche Einheit auf die Tagesordnung der Politik setzte.

Mit Blick auf diese zwei Phasen kann der Beitrag der Akteure „Polen“, „Tschechoslowakei“ und „Ungarn“ gewichtet werden. Ungarn hat seit Mai 1989, seit September 1989 haben Ungarn und die Tschechoslowakei durch ihre Initiative bzw. durch ihre Reaktionen dazu beigetragen, daß im November 1989 die Mauer fiel. Sie waren durch konkrete politische Entscheidungen in den Frühjahrs- und Frühherbstmonaten 1989 Mitverursacher der Beschleunigung des inneren Zusammenbruchs des Honecker-Regimes.

Bis zum November 1989 war Polens Beitrag zur Entwicklung in der DDR im Sinne operativer Außenpolitik eher peripher, da es im außenpolitischen Entscheidungsverhalten weniger als Budapest und Prag herausgefordert wurde. Freilich war der Beitrag Polens in einem weiteren Sinne außerordentlich und entscheidend: Ohne die Solidarność-Bewegung seit 1980 und die von ihr ausgelöste Kettenreaktion im sowjetischen Block, v.a. ihren Einfluß auf die sowjetische Politik in den achtziger Jahren, hätte im Sommer 1989 nicht die von Gorbatschow konzedierte Wahlfreiheit für Polen, d. h. die Wahl eines nicht-kommunistischen Regierungschefs, angestanden. In Polen wurde die Machtfrage zuerst gestellt, die zuletzt und am dramatischsten sowohl für die Sowjetunion wie für ihren deutschen Vorposten beantwortet werden mußte. Durch die neue innenpolitische Lage in Polen wurde die strategische Position der DDR im Warschauer Pakt unterminiert. Die in Polen zuerst gestellten Fragen und

1 Bei den eingetrickten Textpassagen in dem vorliegenden Manuskript handelt es sich – soweit nicht anders belegt – um Erläuterungen zur Interessenlage der Bundesregierung bei Polen betreffenden Fragen im deutschen Einigungsprozess, die meinem im Januar 1998 erscheinenden Buch: Die Polenpolitik der Bonner Republik von Adenauer bis Kohl (1949-1991), Baden-Baden: Nomos Verlag 1998 (poln. Version: *Polityka Republiki Bońskiej wobec Polski. Od Adenauera do Kohla. 1949-1991*, Kraków: Wyd. Kwadrat 1997), entnommen sind.

die sowjetischen Antworten à la Gorbatschow erlaubten erst die Budapester und Prager Schritte im Jahre 1989. Aber um auf die erste Phase zurückzukommen: Im Frühjahr, Sommer und Frühherbst war Polen mit dem Machtwechsel beschäftigt, während Ungarn seine Westgrenze öffnete und die spätstalinistische Tschechoslowakei gegen ihren Willen zum Totengräber der DDR wurde.

In der zweiten Phase dagegen, als der Prozeß der Vereinigung Deutschlands Teil der operativen europäischen Politik wurde, war es Polen, daß zum Hauptakteur außerhalb des Kreises der „Zwei-plus-Vier“ wurde, während Ungarn und die Tschechoslowakei nicht in den Verhandlungsprozess eingriffen.² Polen war durch die Grenzfrage direkt von der Vereinigungsproblematik tangiert.

Da der Vereinigungsprozess im eigentlichen Sinne erst im November/Dezember 1989 begann und Polen wegen der deutsch-polnischen Grenzproblematik – ein Sonderkonflikt im Kontext einer friedensvertraglichen Regelung für Deutschland als Ganzes – am meisten davon betroffen war, werde ich mich in meinen Ausführungen schwerpunktmäßig mit der Politik Polens in diesem Zeitraum befassen, zuvor aber kurz die entscheidenden Beiträge Ungarns und der Tschechoslowakei in der Phase bis zum November 1989 anreißen.

Ungarn und die Tschechoslowakei 1989 – Totengräber wider Willen

Die Öffnung des Grenzzauns entlang der ungarisch-österreichischen Grenze im Mai 1989 durch die ungarische reformkommunistische Führung setzte einen Prozeß in Gang, der in eine Absetzbewegung von mehreren zehntausend DDR-Bürgern nach Ungarn mündete.³ Ministerpräsident Németh und Außenminister Horn kamen am 25. August 1989 zu einem Blitzbesuch in die Bundesrepublik. Nach Absprachen mit der Bundesregierung öffnete sich den DDR-Bürgern in Ungarn am 11. September 1989 der Weg nach Westen.

Das Verhalten der ungarischen Regierung in der dramatischen Situation des Sommers 1989 war innenpolitisch und außenpolitisch motiviert. Unter dem Gesichtspunkt politischer Legitimation und der Wettbewerbssituation mit der demokratischen Opposition blieb ihr nichts anderes übrig, als die DDR-Führung zu brüskieren, sich deren Forderung nach Zwangsrückführung zu widersetzen und den DDR-Bürgern die freie Wahl zu lassen. Außenpolitisch hätte Ungarn bei einer Polizeiaktion sein liberales Image zerstört und der wirtschaftlichen Unterstützung des Reformprozesses durch den Westen den Boden entzogen. Mitnichten ging es der ungarischen Regierung um eine aktive Förde-

2 Radko Bráč, Die Außenpolitik der Tschechoslowakei zur Zeit der „Regierung der nationalen Verständigung“. Teil III: Die Tschechoslowakei und Deutschland, Köln 1991 (Berichte des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien, 36-1991).

3 Siehe Andreas S. Schmidt-Schweizer, Die Öffnung der ungarischen Westgrenze für die DDR-Bürger im Sommer 1989. Vorgeschichte, Hintergründe und Schlußfolgerungen, in: Südosteuropamitteilungen, 1, 1997, S. 33-53.

rung des Untergangs der DDR. Und nicht einmal im Traum dachte der damalige Außenminister Horn an die Perspektive der deutschen Einheit.⁴ Allerdings ist mit dem 11. September 1989 die grundlegende Neuorientierung der ungarischen Außenpolitik verknüpft. Nunmehr stand die institutionelle Westbindung auf der Tagesordnung, nicht mehr die bisher verfolgte Strategie der „doppelten Orientierung“.⁵

Noch viel weniger war es der spätstalinistischen Jakeš-Führung in Prag, die durch die Besetzung des bundesdeutschen Botschaftspalais durch hunderte DDR-Bürger unter starken Handlungsdruck geraten war, darum zu tun, Bewegung in die deutsche Frage zu bringen. Auch die Prager Führung entschied sich für die schließlich gefundene Regelung der Ausreise der DDR-Deutschen aus der Tschechoslowakei, weil sie es nicht zulassen wollte, daß Prag der Austragungsort des deutsch-deutschen Konflikts um Menschen- und Bürgerrechte blieb.

Ungarn und die Tschechoslowakei haben im Sommer und Herbst durch ihr Entscheidungsverhalten unter primär innenpolitischen Aspekten des Systemwechsels (Budapest) bzw. des Systemerhalts (Prag) und bei Hintanstellung der obsolet gewordenen sozialistischen Solidarität mit der DDR in Anbetracht der Laissez-faire-Haltung der Gorbatschow-Führung dem deutschen Einigungsprozess der darauffolgenden Monate unbewußt und ungewollt einen ungeheuren Schub verliehen.

Nach dem November 1989 gab es in Budapest und Prag unterschiedliche Nuancen im Hinblick auf den deutschen Einigungsprozess, die vor allem in der unterschiedlichen politischen Kommentierung des Prozesses zum Ausdruck kamen und nur in Ausnahmefällen in einer direkten politischen Einflußnahme. Weder Ungarn noch die Tschechoslowakei waren Teilnehmer des Verhandlungen über die inneren und äußeren Aspekte der deutschen Vereinigung – sieht man von der Verknüpfung mit der KSZE ab –, sondern ebenso wie die europäischen Verbündeten der Bundesrepublik Deutschland teilnehmende und kommentierende Beobachter.

Die Stellungnahmen aus Budapest und Prag bezogen sich zwischen November 1989 und Juli 1990 vornehmlich auf die Fragen der internationalen Einbettung des deutschen Einigungsprozesses, die Verknüpfung der Oder-Neiße-Grenzfrage mit einer KSZE-Garantie und der Stellungnahme zur Bündniszugehörigkeit des vereinten Deutschland.

Entsprechend der historisch und politisch weitgehend unproblematischen deutsch-ungarischen Beziehungen fiel die Kommentierung des Einigungspro-

4 Gyula Horn, Freiheit, die ich meine. Erinnerungen des ungarischen Außenministers, der den Eisernen Vorhang öffnete, Hamburg 1991, S. 328: „Zu diesem Zeitpunkt hätte ich natürlich nicht einmal im Traum daran gedacht, daß wir damit den Weg zur deutschen Wiedervereinigung eröffnen würden und daß ein neues Kapitel in der Geschichte Europas begann. Soviel war mir jedoch klar, daß mit dieser Entscheidung im Verhältnis der Mitgliedsstaaten des Warschauer Paktes untereinander etwas noch nie Dagewesenes, eine neue und irreversible Entwicklung einsetzen mußte.“

5 Schmidt-Schweizer, S. 53.

zesses durch die ungarische Politik (Horn, Pozsgay, Antall u. a.) und Öffentlichkeit von Anfang an vorbehaltlos und demonstrativ freundlich aus. Horn nahm bereits am 11. November 1989 zur Perspektive der deutschen Einheit positiv Stellung. Zu diesem frühen Zeitpunkt sprach er sich noch zugunsten einer deutschen Neutralität unter Aufsicht der Vier Mächte aus.⁶ Aber schon im Januar 1990 hatte sich die ungarische Position in der Frage der Bündniszugehörigkeit Deutschlands in Richtung NATO-Mitgliedschaft bewegt. Im Februar 1990 hatte Außenminister Horn bereits eine spätere NATO-Mitgliedschaft Ungarns ins Gespräch gebracht.⁷ Am 10. März 1990, im Gespräch mit Außenminister Schewardnadse, erklärte Horn nach eigener Aussage, „daß die ungarische Regierung in der Frage der Vereinigung und der NATO-Mitgliedschaft auf der Seite der Deutschen stehe.“⁸

Nach dem Regierungs- und Präsidentenwechsel in Prag machte Präsident Havel demonstrativ seinen ersten Auslandsbesuch in München und Ost-Berlin und unterstrich somit den Willen der demokratischen Tschechoslowakei, zu neuen *terms* mit dem sich vereinigenden Deutschland zu kommen. Allerdings stieß Havels Bedauern über die Vertreibung der Sudetendeutschen, das von Kardinal Tomasek wiederholt wurde, in der tschechischen Bevölkerung noch auf eine breite Ablehnung.⁹ Angesichts der historischen und politischen Belastungen des deutsch-tschechischen Verhältnisses und der Angst vor den Deutschen, die nunmehr von den teilentmachteten Kommunisten innenpolitisch instrumentalisiert wurde, mahnte Havel die Deutschen bei mehreren Gelegenheiten, daß es ihre Aufgabe sei, das Mißtrauen der europäischen Nachbarn zu zerstreuen.¹⁰ Anfang des Jahres 1990 befürwortete Havel kurz die Gleichzeitigkeit des Einigungsprozesses Europas und Deutschlands. Beide sollten gleichzeitig und möglichst schnell verlaufen.¹¹ In der Frage der Bündniszugehörigkeit äußerten sich Havel und Außenminister Dienstbier („absurd“) noch im Februar und März 1990 dahingehend, daß für sie weder NATO-Mitgliedschaft noch Neutralität Deutschlands vorstellbar sei.¹² Beide Politiker präferierten ursprünglich eine neue Sicherheitskonzeption auf der Grundlage der KSZE. Im Februar/März 1990 war die Meinungsbildung in Prag aber soweit gediehen, daß angesichts der einhelligen Ablehnung eines neutralen Status Deutschlands und einer nicht absehbaren neuen Sicherheitsarchitektur für Europa der NATO-Mitgliedschaft Deutschlands der Vorzug gegeben wurde. Schon während des Havel-Besuchs in Washington am 20. Februar 1990 wurde

6 Süddeutsche Zeitung (SZ), 13.11.1989; General-Anzeiger, 17.11.1989.

7 Die Welt, 22.2.1990.

8 Horn, S. 332.

9 Jan Kien, Deutschlandbilder bei den Tschechen, in: Hans Süßmuth (Hrsg.), Deutschlandbilder in Polen und Rußland, in der Tschechoslowakei und in Ungarn, Baden-Baden 1993, S. 222-233, hier S. 229.

10 „Havel: Bonn und Ostberlin müssen ihren Nachbarn Furcht vor vereinigt Deutschland nehmen“, in: SZ, 3.1.1990; Rede von Präsident Havel anlässlich des Besuchs von Bundespräsident von Weizsäcker in Prag am 15. März 1990, in: Bulletin, Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, Nr. 36, 17.3.1990, S. 277-280, hier S. 278.

11 So Havel vor dem polnischen Parlament am 25.1.1990; Stuttgarter Zeitung, 26.1.1990.

12 Süddeutsche Zeitung, 1.3.1990 (Havel); Die Presse, 8.3.1990 (Dienstbier).

von amerikanischer Seite ein gemeinsamer Standpunkt von Bush und Havel zu Deutschland notiert.¹³ Auf der Außenministertagung des Warschauer Pakts in Prag am 17. März sekundierte Dienstbier dem ungarischen Außenminister bei der Abwehr der sowjetischen Position in der NATO-Frage.

Polen und die deutsche Einheit

Vorzeichen des Wandels in der polnischen Deutschlandpolitik 1985-1989

Anzeichen für eine Neubewertung des Verhältnisses zu „den Deutschen“ wurden in Polen seit Anfang der achtziger Jahre stärker spürbar. Die Haltungen in der bundesdeutschen Bevölkerung gegenüber der Solidarność-Bewegung und den Demokratisierungsbestrebungen in Polen am Anfang der achtziger Jahre sowie die spontanen Hilfsaktionen für die polnische Bevölkerung im ersten Kriegsrechtswinter 1981/82 und in den darauffolgenden Jahren hatten in Polen zu einer verstärkten Auseinandersetzung mit dem eigenen Deutschlandbild geführt, das ungeachtet der großen Fortschritte in den Beziehungen seit Anfang der siebziger Jahre auf der zwischenmenschlichen Ebene immer noch von vielen Vorbehalten gekennzeichnet war.

Es kam zu einer weiteren Differenzierung der schon seit Jahren auseinanderdriftenden Deutschlandbilder, wobei auf Staat und Gesellschaft der DDR zunehmend die überkommenen negativen Stereotypen des Deutschen übertragen wurden und die „guten Deutschen“, die Polen wohlgesinnt seien, eher westlich der Elbe vermutet wurden.

Der Wandel des Verhältnisses eines großen Teils der Bevölkerung zu den Westdeutschen fand jedoch Anfang der achtziger Jahren keinen deutlichen Niederschlag in der offiziellen Warschauer Politik gegenüber der Bundesrepublik. Diese war noch von einem Bundesrepublik-Bild bestimmt, das die instrumentelle Handhabung der alten Deutschland-Ängste für innenpolitische, legitimatorische Zwecke erlauben sollte und jede Status-quo-Änderung als Gefährdung nicht nur des autoritären Parteiensystems, sondern vielmehr noch der Existenz Polens in seinen bestehenden Grenzen definierte.

Auf intellektueller Ebene begann in der vielgestaltigen Opposition eine grundsätzliche Diskussion über die Bundesrepublik, das deutsch-polnische Verhältnis und den Platz der beiden Nachbarn in einem zukünftig von identischen Grundwerten geprägten Europa. In deren Diskussionszirkeln, in den Publikationen des sog. zweiten Kreislaufs entspann sich eine lebhaft diskutierte Diskussion über Demokratie, Menschen- und Bürgerrechte in Polen. Hier wurde der untrennbare Zusammenhang zwischen der Zukunft Polens und der zukünftigen Entwicklung Europas diskutiert. Das Wechselverhältnis zwischen innerer Entwicklung und dem Verhältnis zu den Nachbarn im Westen und Osten war unstrittig. Eine europäische Friedensordnung ohne Versöhnung zwischen den

¹³ Philip Zelikow/Condoleezza Rice, *Germany Unified and Europe Transformed. A Study in Statecraft*, Cambridge, Mass. – London 1995, S. 430, Fn. 21.

Völkern Ostmittel- und Osteuropas war undenkbar. Und die geographische und politische Brücke zum Westen mit dessen politischer Zivilisation und Wirtschaftsordnung bildete die Bundesrepublik Deutschland.

Aufsehen erregte 1982 der Essay des oppositionellen Historikers Jan Józef Lipski, der in der Bundesrepublik unter dem Titel „Zwei Vaterländer – zwei Patriotismen“ verlegt wurde.¹⁴ In Polen konnte der Text nur im Untergrund zirkulieren. Von der Regimepresse wurde Lipski wüst beschimpft und von den antikommunistischen Nationalisten (KPN) attackiert.¹⁵ Lipski blieb Anfang der achtziger Jahre weitgehend unverstanden. Er galt damals noch als ein Einzelfall, brachte aber auf mittlere Sicht einen Stein ins Rollen. Bei der Entstehung eines neuen Deutschlandbildes in der jungen Generation der späteren postkommunistischen Politiker und Publizisten zeigte Lipskis Erörterung von polnischen Geschichtsmystifikationen, polnischer Ego- und Megalomanie und polnisch-deutscher Interessenlagen nachhaltige Wirkung. Die historischen Thesen, die seit 1945 gegen Deutschland verwendet wurden, decouvrierte Lipski als das, als was sie sich dann herausstellten: als stalinistische Falle.

In der polnischen Opposition zeigte sich später, in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre – von abweichenden Einzelpositionen abgesehen, die nach 1989 als traditionelle nationalpolnische Denkmuster wieder an Einfluß gewinnen sollten –, folgende übereinstimmende Beurteilung. Fast alle Autoren der unabhängigen Intelligenz gingen davon aus,

- a) „daß von der Bundesrepublik keine politische oder militärische Bedrohung für die polnische Westgrenze ausgeht;
- b) daß die Unverletzlichkeit der Oder-Neiße-Grenze als polnische Westgrenze nicht dadurch in Frage gestellt ist, daß sie juristisch noch dem Vorbehalt eines Friedensvertrages untersteht ...;
- c) daß die neuerworbenen Westgebiete nicht 'urpolnisch', sondern als Entschädigung für die Kriegsverluste und als Ausgleich für die an die UdSSR verlorenen Gebiete im Osten zu sehen sind;
- d) daß die für Polen positiven Aspekte einer Wiedervereinigung Deutschlands, sofern diese in Anlehnung an den Westen erfolgt, die negativen überwiegen“.¹⁶

Zu der letzten Frage schrieb Artur Hajnicz, der Deutschland-Gesandte der polnischen Opposition seit 1983:

14 J. J. Lipski, *Dwie ojczyzny – dwa patriotyzmy (uwagi o megalomanii narodowej i ksenofobii Polaków)* (Zwei Vaterländer – zwei Patriotismen. Bemerkungen zur Megalomanie und Xenophobie der Polen). Nachdruck aus dem Untergrundverlag NOW-a in: *Kultura* (Paris), 10, 1981.

15 Vgl. Andrzej Friszke, *Pozytywistyczny romantyk – Jan Józef Lipski* (Ein positivistischer Romantiker), in: *Więź*, 12, 1992, S. 54-66, hier S. 62.

16 Helga Hirsch, *Das Deutschlandbild in der unabhängigen Presse Polens*, in: *Osteuropa*, 9, 1987, S. A475-491.

„In der Grenzfrage gibt es bei den Polen eindeutig keine Meinungsunterschiede. Aber in der Frage der künftigen Wiedervereinigung Deutschlands ist die polnische Opposition offen. Sie erblickt nämlich in der Teilung Deutschlands auch viele Nachteile: Polen wurde durch diese Teilung eingekreist, vom Westen getrennt; die Grenze mit der DDR ist eine Grenze des gegenseitigen Mißtrauens. Nach der Meinung der polnischen Opposition soll also im Prinzip die Frage der Wiedervereinigung eine Sache der Deutschen sein, so wie die politische Einrichtung ihres eigenen Landes eine Sache der Polen sein soll.“¹⁷

Wenn man die innerpolnische Diskussion über das Verhältnis zwischen Polen und Deutschland seit 1986 verfolgte, dann ließ sich hier ein dynamischer Prozeß nachzeichnen, der sowohl von inneren als auch von äußeren Faktoren beschleunigt wurde. Vereinfacht gesagt wirkte die Diskussion in den Kreisen der Opposition und deren Publizistik ermunternd auf Historiker vor allem der jüngeren Generation, die sich zwar schon seit längerem mit „weißen Flecken“ in den polnisch-deutschen Beziehungen beschäftigten, aber unter politischen Bedingungen arbeiten mußten, die eine Verbreitung neuer historischer Erkenntnisse unter einem größeren Publikum verhinderten. Andererseits lebte natürlich ein traditionelles polnisches Geschichtsverständnis weiter, dem das dialogische Prinzip in der historischen Forschung und Traditionskritik fremd blieben, die für die Aufarbeitung gerade der deutsch-polnischen Beziehungsgeschichte und der Territorialproblematik so wichtig sind. Da konnte es einem jungen Stettiner Historiker im April 1990 auf einer Fachkonferenz passieren, daß er wegen seiner mit historischen und literarischen Materialien belegten These, von einem „historischen“ Recht Polens auf Vorpommern (Pomorze Zachodnie) könne keine Rede sein und deshalb sollte man nicht mehr von einer „Rückkehr“ nach Vorpommern sprechen, der Verletzung der polnischen Staatsräson (Kazimierz Kozłowski) und der Unterstützung der deutschen Revanchisten wie Hupka und Czaja (J. Maćkowiak) beschuldigt wurde.¹⁸

Auf der anderen Seite zwang die neue sowjetische Politik nach 1985 die Jaruzelski-Führung, bisher als ewig geltende Wahrheiten neu zu überdenken. Die seriöse Publizistik der zensierten polnischen Wochenpresse und Periodika nahmen sich bisheriger Tabuthemen des polnisch-deutschen Verhältnisses an, nachdem von Partei und Regierung erste vorsichtige Signale gesetzt worden waren, daß man nun auch an Themen herangehen könne, die ein Überdenken offizieller polnischer Positionen erzwangen.

Weitere äußere und innere Beschleunigungsfaktoren (Notwendigkeit eines historischen Kompromisses in Polen, ungeahnte Dynamik im Beziehungsgeflecht des Warschauer Pakts) veranlaßten dann schließlich im Jahre 1988 die Warschauer Führung, die ungefähr zwei Jahre währende Phase der Diskussion über den Platz von Polen und Deutschen in Europa und alle inneren und äußeren Implikationen einer solchen Ortsbestimmung mit einer strategischen Ent-

17 Artur Hajnicz, Polen in seinem geopolitischen Dreieck, in: Außenpolitik, 1, 1989, S. 31-42, hier S. 36.

18 K. Guzikowski, in: Kwartalnik Historyczny, 1, 1991, S. 126-127.

scheidung in der Deutschlandpolitik, insbesondere in der Politik gegenüber der Bundesrepublik Deutschland, zu beenden und einen neuen Abschnitt einzuleiten.

Daraufhin nahmen sich auch die Tages- und Wochenzeitungen der PVAP, die sich bisher bedeckt gehalten hatten, des Themas an und brachen ein Tabu der polnischen Nachkriegspolitik gegenüber Deutschland nach dem anderen (Mittleuropafrage, Wiedervereinigungsproblematik, deutsches Kulturerbe in West- und Nordpolen, deutsche Minderheit in Polen u. a.). Die Umorientierung der offiziellen Warschauer Deutschlandpolitik ging in den letzten Monaten vor der Wende in Polen im Verhältnis zu den vorangegangenen 40 Jahren so atemberaubend schnell vor sich, daß sie in der breiteren Öffentlichkeit der Bundesrepublik Deutschland noch weitgehend unbemerkt blieb und auch von professionellen deutschen Beobachtern der polnischen Szenerie nur sehr bruchstückhaft notiert wurde.

Schließlich hatte die neue Europa- und Mitteleuropadiskussion, die Polen von den ostmitteleuropäischen Ländern zuletzt erreichte, in weiten Kreisen der Oppositionspresse und später in der ernsthafteren offiziellen Presse und in wissenschaftlichen Organen, die der staatlichen Zensur unterlagen, im Hinblick auf die „deutsche Frage“ einen Paradigmenwechsel angekündigt, der in europäischen Zukunftsvisionen polnischer Publizisten teilweise geradezu atemberaubende Schlußfolgerungen nach sich zog. Bis in die Wochenpresse der Partei hinein waren „Jalta“ und die europäische Nachkriegsordnung, die 1985 –anlässlich des 40. Jahrestages der Jalta-Konferenz – noch als unantastbar galten, kein Tabu mehr. Eine mitteleuropäische Konföderation mit den beiden deutschen Staaten und Polen als Nukleus einer neuen europäischen Ordnung war im Herbst 1988 Diskussionsthema in der „Polityka“.¹⁹ In einer der Zensur unterworfenen katholischen Wochenzeitung sagte Anfang des Jahres 1989 Edmund J. Osmańczyk, vor 1939 ein Vertreter der Polonia in Berlin, anerkannter Publizist und ehemaliger Sejmabgeordneter:

„Ich sage ausdrücklich – es wird kein unabhängiges Polen ohne ein vereinigtes Deutschland geben! (...) ist es klar, daß es keine vollkommene Freiheit für die Menschen gibt, solange es unfreie Nationen gibt. Es muß eintreten, und ich glaube, daß dieser Fall schon in der nächsten Dekade eintreten wird, die Endphase der Befreiung der Nationen, das Ende der Reproduktion von Imperien jeglicher ideologischer Provenienz. Mit einem Wort, die politische Struktur der Welt ändert sich vollständig. Deshalb ist die Herbeiführung der Unabhängigkeit für ein Land heute gegenstandslos, denn das bedeutet, das Ganze nicht zu sehen. Die Unabhängigkeit Polens ist ein Teil der Unabhängigkeit Mitteleuropas zwischen Bug und Elbe, von der Ostsee bis zur Adria, und diese ist integral verbunden mit der Unabhängigkeit Westeuropas und Osteuropas.“²⁰

19 Siehe die Literaturangaben in: Dieter Bingen/Janusz Józef Węc, Die Deutschlandpolitik Polens 1945-1991. Von der Status-quo-Orientierung bis zum Paradigmenwechsel, Kraków 1993, S. 155 f.

20 Edmund Osmańczyk, in: Gość Niedzielny, Nr. 4, 1989 (zit. n. Ład, Nr. 8, 19.2.1989).

Es bleibt festzuhalten: Mit den erwähnten Gedankenspielen wurde nicht bereits die operative polnische Europa- und Deutschlandpolitik bis Ende 1988 beschrieben.²¹ Andererseits hatte die intellektuelle und publizistische Europadiskussion bis kurz vor der Wende 1989 auch in den offiziellen Medien den Status quo in Europa bereits weit hinter sich gelassen und in ersten vorsichtigen Schritten der offiziellen polnischen Außenpolitik und der Politik gegenüber der Bundesrepublik Deutschland im besonderen einen Widerhall gefunden. Das Koordinatensystem, das am Ende des Zweiten Weltkriegs Europa aufoktroyiert wurde, verlor mit zunehmender Geschwindigkeit seine Verbindlichkeit.

Es entbehrte nicht einer gewissen Pikanterie, daß Premierminister Rakowski den Wunsch der polnischen Führung nach einer grundlegenden und dauerhaften Verbesserung der Beziehungen zur Bundesrepublik²² ausgerechnet in Ost-Berlin demonstrativ zur Schau stellte, als er sich während seines Arbeitsbesuchs am 5. Dezember 1988 in seinem Toast auf den DDR-Ministerpräsidenten Stoph wie folgt vernehmen ließ: „Für unsere beiden Länder bleibt die Bundesrepublik Deutschland ein wichtiger Partner in diesem Dialog. Die Gestaltung der Beziehungen zur BRD hat für die VRP und die DDR sowohl heute wie auch in der weiteren Perspektive eine besonders große Bedeutung. In meiner Regierungserklärung im Sejm habe ich festgestellt, daß Polen ein gutes Verhältnis zur BRD wünscht und die Notwendigkeit sieht, eine grundsätzliche Wende in diesem Verhältnis herbeizuführen.“²³

Mit der angesichts der Quellenlage gebotenen Zurückhaltung läßt sich die These wagen, daß die neue polnische Führung mit dem Herbst 1988 die DDR als strategischen Partner endgültig fallengelassen hatte. Anscheinend rechnete bereits die letzte von der PVAP getragene Führung Polens in absehbarer Zeit mit einer dramatischen Veränderung der Situation in Mitteleuropa, die besondere Rücksichtnahme auf den Bündnispartner nicht mehr notwendig erscheinen ließ, im Gegenteil eine langfristige Festigung des polnischen Images bei den Entscheidungsträgern in der Bundesrepublik Deutschland gebot.

Als ein grundlegendes Hindernis auf dem Wege zu der vielbeschworenen „Wende“ hatte die polnische Regierung in der Vergangenheit immer wieder den völkerrechtlichen Friedensvertragsvorbehalt bezüglich der deutsch-polnischen Grenze dargestellt. Nach der offiziellen Sprachregelung galt jede Diskussion über eine angeblich noch offene deutsche Frage als ein Angriff auf die Sicherheit und territoriale Integrität Polens. Die deutsche Frage wurde mit der Grenzfrage identifiziert.

Es ist bemerkenswert, daß in einem Beitrag des Parteijournalisten Ryszard Wojna in der Regierungszeitung „Rzeczpospolita“ Anfang 1989 erstmals quasi offiziell ein gewisses Verständnis für „komplizierte Rechtsformeln“ gezeigt

21 Siehe auch Christoph Royen, Osteuropa: Reformen und Wandel. Erfahrungen und Aussichten vor dem Hintergrund der sowjetischen Perestrojka, Baden-Baden 1988, S. 125-129.

22 Siehe Regierungserklärung vom 13.10.1988, in: Rzeczpospolita, 14.10.1988.

23 Neues Deutschland und Rzeczpospolita, 6.12.1988.

wurde und den Deutschen das moralische Recht zugestanden wurde, ihre Option auf die Wiedervereinigung aufrechtzuerhalten, wenn dadurch eine Grenzverschiebung trotz der rechtlichen Vorbehalte für die beiden deutschen Staaten politisch nicht mehr in Frage käme.²⁴ Damit näherte sich das noch immer PVAP-regierte Polen zögernd einer Position an, die von breiten Kreisen der polnischen Opposition seit Jahren vertreten wurde.

Eine neue Situation: Herbst 1989

Mit der unerwarteten Bewegung in der deutschen Frage infolge der anschwellenden Flüchtlingsströme und mehr noch durch den Fall der Berliner Mauer im November 1989 beschleunigte sich der Auflösungsprozess der sog. Jalta-Ordnung. Fehleinschätzungen des eigenen Handlungsspielraums und der Interessenlage der Hauptakteure, die Ungereimtheiten und Widersprüchlichkeiten der polnischen Politik im deutschen Vereinigungsprozess sind daraus zu erklären.

Die Interessenlage und der Handlungsspielraum der polnischen Politik im deutschen Vereinigungsprozess wurde von folgenden inneren und äußeren Faktoren bestimmt:

1. von der Formulierung einer neuen Staatsräson nach dem demokratischen Systemwechsel im Sommer 1989, die ausgehend von der außenpolitischen Souveränisierung u. a. den historischen Ausgleich mit dem deutschen Nachbarn als Brücke nach Westeuropa suchte;
2. von der erfahrungsgesättigten Maxime „Nichts über uns ohne uns“ (Nic o nas bez nas), die in ihrer tiefenpsychologischen und verhaltensbestimmenden Bedeutung für polnische Politiker jeglicher Couleur gar nicht überschätzt werden kann;
3. von dem Nebeneinander von zwei Machtzentren in Polen: dem in der kommunistischen Tradition stehenden Präsidialapparat von Präsident Jaruzelski und dem noch nicht konsolidierten Apparat der Regierung Mazowiecki, in dem wiederum zwei unterschiedliche Denktraditionen miteinander konkurrierten, die von Außenminister Skubiszewski repräsentierte völkerrechtliche Schule und die von Ministerpräsident Mazowiecki repräsentierten Vorstellungen europäischer Gleichgewichtspolitik des 19. und der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts;
4. von der Tatsache, daß Polen als direkt von einer Friedensregelung für Deutschland betroffener Staat und alliierte Macht einerseits keinen traditionellen Friedensvertrag mit Deutschland verlangte, andererseits nicht zum Kreis der Mächte gehörte, die für Deutschland als Ganzes verantwortlich waren (Kollision mit Punkt 2.);

²⁴ Ryszard Wojna, Niech przeważy przyszłość (Möge die Zukunft überwiegen), in: Rzeczpospolita, 14.-15.1.1989.

5. von einer Mächtekonfiguration in Europa, in der Polen als Noch-Mitglied des Warschauer Pakts und Noch-Verbündeter der Sowjetunion²⁵ noch nicht über institutionalisierte neue (West-)Bündnisse verfügte.

Die von Moskau konzedierte „Freiheit der Wahl“ auf dem Feld der Außenpolitik mußte Tag für Tag neu ausgemessen werden. Eigene Interessen konnten nur insoweit erfolgreich gewahrt werden, als die direkt in den deutschen Einigungsprozess nach Ottawa involvierten Staaten („Zwei-plus-Vier“) sie zu ihren eigenen machten. Bei sechs Beteiligten mußte der Erfolg polnischer Interventionen von einer realistischen Einschätzung der Interessenlage und mehr noch des politischen Gewichts, des Durchsetzungswillens und Durchsetzungsvermögens jedes einzelnen am „Zwei-plus-Vier“-Prozeß beteiligten Staats im Entscheidungsprozess abhängen.

Im Herbst 1989 hatte die erste vom Volke mehrheitlich akzeptierte Nachkriegsregierung Polens im Rahmen ihrer neuen Europapolitik den Umbruch in den deutsch-polnischen Beziehungen verkündet. Grundsätzlich war die neue politische Elite positiv zu einer Wiedervereinigung Deutschlands unter westlichen Vorzeichen eingestellt, die allerdings im Spätsommer 1989 noch nicht angestanden hatte. Die Freundschaftsofferte von Ministerpräsident Tadeusz Mazowiecki richtete sich am 12. September 1989 noch an einen der beiden deutschen Staaten, an die Bundesrepublik Deutschland – wie bei Premier Rakowski im Oktober 1988 nicht an den direkten Nachbarn DDR. Die Honecker-DDR, spätstalinistisch regiert und in einer sichtbaren Agonie befindlich, eignete sich nicht als Dialogpartner in einem Moment, als Deutsche durch Oder und Neiße nach Polen in die Freiheit schwammen. Premier Mazowiecki plädierte in seinem Exposé für „eine echte Aussöhnung, die dem Rang der zwischen Deutschen und Franzosen bereits herbeigeführten entspreche“.²⁶

Prominente Solidarność-Politiker sprachen sich im September 1989 zugunsten der deutschen Wiedervereinigung (als quasi logische Folge des Siegs der Freiheitsidee in Ostmitteleuropa) aus, als sie für die „politische Klasse“ in Bonn nicht nur außerhalb des Vorstellungsvermögens operativer Politik angesiedelt, sondern auch weithin mit verbalem Tabu belegt war. Außenminister Skubiszewski, der Vorsitzende der Solidarność-Fraktion im Sejm, Bronislaw Gerek, der Publizist Adam Michnik, und, weniger deutlich zwar, Lech Wałęsa während seines Bundesrepublik-Besuchs äußerten sich dahingehend.²⁷

Die Solidarność-Regierung konnte diese Wende in der Deutschlandpolitik mit größerer Glaubwürdigkeit einleiten als die Vorgängerregierung Rakowskis, der in seiner Regierungserklärung knapp ein Jahr zuvor einen ersten Schritt zu einer Wende in den Beziehungen zwischen Polen und der Bundesrepublik unternommen hatte. Später schrieb Rakowski über seine Haltung zur deutschen

25 Siehe auch Rafael Biermann, *Zwischen Kreml und Kanzleramt. Wie Moskau mit der deutschen Einheit rang*, Paderborn 1997, S. 92-100 (Kap. „Die Reichweite des Konzepts der Wahlfreiheit 1989“); Zelikow/Rice, S. 70 f.

26 *Rzeczpospolita*, 13.9.1989.

27 Siehe *Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ)*, 19.9.1989 und 3.10.1989.

Frage lakonisch: „Der Gedanke an eine Vereinigung Deutschlands ließ eine Generation nicht ruhig schlafen, die den Zweiten Weltkrieg erlebt hatte. Auch ich gehöre zu ihnen; einst hatte ich gesagt, die Existenz der DDR sei das zweite – nach dem Sieg bei Grunwald (Tannenberg) im Juli 1410 – Geschenk des Himmels. Viele Jahre meinte ich, es sei gut, daß Deutschland geteilt sei, aber schon in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre wettete ich mit meinen deutschen Freunden um ein paar Flaschen Moselwein, daß es zur Vereinigung noch in diesem Jahrhundert kommen werde. Sie meinten, dies sei eine Ausgeburt meiner Phantasie.“²⁸ Noch kurz vor der Installierung des Kabinetts Mazowiecki wurde in der beeindruckenden gemeinsamen Erklärung polnischer und deutscher Katholiken anlässlich des 50. Jahrestages des deutschen Angriffs auf Polen am 1. September 1939 das ausgesprochen, was den Geist des knapp zwei Jahre später abgeschlossenen polnisch-deutschen Nachbarschaftsvertrags ausmachte. In der Erklärung hieß es, „daß die Völker Europas, auch das deutsche Volk, das von der Spaltung Europas besonders betroffen ist, das Recht auf Selbstbestimmung wahrnehmen können“.²⁹ Zu den Unterzeichnern gehörten katholische Persönlichkeiten, die nach dem Machtwechsel führende Positionen im Dienste Polens einnehmen sollten, wie Władysław Bartoszewski (1990-1995 Botschafter in Österreich, 1995-1996 Außenminister), Andrzej Drawicz (nach 1989 zeitweise Fernsehchef), Kazimierz Dziewanowski (1990-1993 Botschafter in den USA), Krzysztof Kozłowski (1990-1991 Innenminister), Krzysztof Król (Herausgeber der christlich-liberalen Zeitschrift „Res Publica“), Tadeusz Mazowiecki, Mieczysław Pszon (Beauftragter in den polnisch-deutschen Vertragsverhandlungen 1990/91), Janusz Reiter (1990-1995 Botschafter in Deutschland), Andrzej Szczypiorski, Jerzy Turowicz (Herausgeber des „Tygodnik Powszechny“), Wojciech Wiczorek (1990 letzter Botschafter in der DDR), Kazimierz Wóycicki (seit 1995 Leiter des Polnischen Instituts in Düsseldorf).

Die ungeteilte Freiheit der Deutschen sollte auch den Polen den Weg in die Demokratie erleichtern und die „Rückkehr nach Europa“ überhaupt erst bewerkstelligen. So hatte Premier Rakowski, der bekanntlich nicht die bürgerliche Demokratie in Polen einzuführen beabsichtigte, in seiner Regierungserklärung ein Jahr zuvor noch nicht argumentieren können.

Die plötzliche Öffnung der Mauer und der fast lautlose Zusammenbruch der DDR überraschte die neuen politischen Entscheidungsträger in Warschau aber doch. So hatte Hans Dietrich Genscher bemerkt, daß Lech Wałęsa sich während des Kanzlerbesuchs in Warschau „über den Fall der Mauer mehr er-

28 Mieczysław F. Rakowski, Der letzte polnische KP-Chef berichtet: Als Augenzeuge beim Anfang vom Ende der DDR, in: Ost-West-Informationsdienst des katholischen Arbeitskreises für zeitgeschichtliche Fragen, 174, 1992, S. 35-41 (Auszüge aus „Polityka“, 18.4.1992), hier S. 40.

29 Dokumentation: Für Freiheit, Gerechtigkeit und Frieden in Europa. Eine Erklärung polnischer und deutscher Katholiken zum 1. September 1989, abgedruckt in: Rheinischer Merkur – Christ und Welt, 32, 11.8.1989.

schrocken als erfreut gezeigt hatte“.³⁰ Natürlich wurde nicht Polen allein von der atemberaubenden Geschwindigkeit des Zusammenbruchs der sowjetischen Ordnung in Europa und des deutschen Vereinigungsprozesses geschockt. Den anderen Nachbarn Deutschlands und den Deutschen selbst erging es ähnlich.³¹ Polens neue außenpolitische Orientierung wurde jedoch weitaus stärker erschüttert, als dies bei den Außenministerien in Paris, Washington oder London der Fall war. Die westlichen Mächte agierten ungeachtet des Zusammenbruchs der Jalta-Ordnung in relativ stabilen Strukturen mit etablierten Bürokratien. Die neue polnische Außenpolitik stand mitten in der Wahl neuer Prioritäten und Partner.

Der Ballast künstlich geschaffener und aufrechterhaltener Freundschaften und Antagonismen wog schwer. Die Bevölkerung war verunsichert. Neue Ängste vor einem großen Deutschland speisten sich aus der Vergangenheit, Stereotypen und Vorurteilen. Regelmäßig durchgeführte Meinungsumfragen dokumentierten das labile, emotional geprägte Meinungsbild und im Spätwinter 1990 ein ungewöhnliches Tief in der Beurteilung der Deutschen.³² Die neuen Politiker waren nicht frei von Zweifeln. Sie bewegten sich in einem Umfeld von Stereotypen und „historischen Erfahrungen“, die es ihnen bisweilen erschwerten, die eigenen Vorstellungen in konsequente Initiativen zu operationalisieren. Mißtrauisch bebäugt wurden sie von der SdRP, der Nachfolgepartei der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei, deren Presse und der katholisch-patriotischen und nationalistischen Publizistik, die Verrat an der polnischen Staatsräson witterten. Die *raison d' être* hatte doch über vierzig Jahre lang im engen Bündnis mit der Sowjetunion und in einer Deutschland-Orientierung bestanden, die auch die offiziell brüderlich verbündete DDR zur innenpolitischen Systemstabilisierung benutzte.

So wie Bonns Haltung in der Grenzfrage im Vereinigungsprozess stark innenpolitisch motiviert war, galt dies spiegelbildlich auch für die polnische Seite. Präsident Jaruzelski und der postkommunistische Präsidialapparat mit Józef Czyrek an der Spitze, der sich schon in den fünfziger Jahren an der Berliner Militärmission mit Deutschland befaßt hatte, wachten über das konservative, heißt: kommunistische, Verständnis polnischer „Staatsräson“. Die Regierung Mazowiecki manövrierte sich in die Klemme zwischen kommunistischer und

30 Hans-Dietrich Genscher, *Erinnerungen*, Berlin 1995, S. 720; siehe auch Horst Teltchik, *329 Tage. Innenansichten der Einigung*, Berlin 1991, S. 13; Richard Kiessler/Frank Elbe, *Ein runder Tisch mit scharfen Ecken. Der diplomatische Weg zur deutschen Einheit*, Baden-Baden 1993, S. 46.

31 Genüßlich über die Anpassungsprobleme der französischen Politik Ende 1989/Anfang 1990 und dem Artikel „Mitterrand – Metternich“ von Paul Fabre in *Le Monde* (3.7.1991) zustimmend Roman Kuźniar, *Wszystkie drogi prowadzą ... na Zachód* (Alle Wege führen ... nach Westen), in: *Krajobraz po transformacji. Środowisko międzynarodowe Polski lat dziewięćdziesiątych* (Landschaft nach der Transformation. Die internationale Umgebung Polens in den neunziger Jahren), Warszawa 1992, S. 36-60, hier S. 51.

32 Siehe Literaturangaben in Bingen/Węc, S. 177; auch die Presseauswertung von Karl Hartmann, *Polen und die deutsche Vereinigung*, in: *Osteuropa*, 8, 1990, S. 761-765 mit dem dazugehörigen *Pressespiegel*, ebenda, S. A453-A472; Umfrageergebnisse: CBOS. *Polacy wobec kwestii niemieckiej. Komunikat z badań* (Polen über die deutsche Frage. Forschungskommuniké), Warszawa, marzec 1990 r.

nationalistischer Reaktion im Lande, Internalisierung sowjetischer Grenzgarantien (i. S. eines „Pawlowschen Reflexes“) und dem, was sie als deutsche Unsensibilität empfand.

Unbestritten war in der polnischen Deutschlandpolitik zwischen September und November 1989 der Neubeginn deutlich sichtbar geworden. Die von Bundeskanzler Kohl und Ministerpräsident Mazowiecki am 14. November 1989 in Warschau unterschriebene 78-Punkte-Erklärung³³ war ein historisch präzedenzloses gegenseitiges Angebot einer qualitativ neuartigen Nachbarschaft und Partnerschaft, die von Polen ein Abrücken von bisherigen deutschlandpolitischen Tabus verlangte, ohne daß Mazowiecki dieses Kapitel seinerzeit im Zusammenhang mit der Notwendigkeit einer deutschen Wiedervereinigung sehen wollte.

Zwischen Dezember 1989 und Juli 1990 schien es jedoch so, als ob die polnische Diplomatie ihrer eigenen Philosophie nicht genügend Glauben schenkte und Interessensicherung über Deutschland hinweg und nicht mit Deutschland suchte. Traditionelles Balance-of-Power-Denken des Nationalstaats überlagerte plötzlich wieder das eben erst apperzipierte kooperative und integrative Politikverständnis. Die kurzzeitige Lancierung des Brzezinski-Gedankens einer polnisch-tschechoslowakischen Konföderation war da nur ein klassisches Beispiel. Mit dieser Art Defensivdiplomatie holte sich die Warschauer Diplomatie eine klare Absage des tschechoslowakischen Präsidenten Václav Havel und der Prager Regierung ein, die an einer neuen Blockbildung zum Schutz vor Deutschland nicht interessiert war. Über die verschiedenen taktischen Spiele konnte zeitweise die von Außenminister Skubiszewski während eines Bonn-Besuchs im Februar 1990 ausgegebene Losung von einer „polnisch-deutschen Interessengemeinschaft“ in Europa ihre Glaubwürdigkeit verlieren. Besonders bei Ministerpräsident Mazowiecki kamen die alten deutschlandpolitischen Ängste und Entente-Reminiszenzen (Paris – London – Warschau) zum Vorschein.³⁴ In Bonn wurde kaum darauf geachtet, daß Polen offenbar befürchtete, innerhalb des geopolitischen Dreiecks mit Deutschland und der UdSSR erneut in größere Abhängigkeit von Moskau zu geraten und so die angestrebte „Doktrin der zwei Freunde“ aufgeben zu müssen.³⁵

Am Tag nach dem Mauerfall hatte die polnische Regierung die vier Prämissen für die Deutschlandpolitik formuliert: 1. Das Selbstbestimmungsrecht des deutschen Volkes ist zu achten und die Vereinigung Deutschlands vor allem

33 Bulletin, Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, Nr. 128, 16.11.1989, S. 1094-1098.

34 Dazu Helmut Kohl, Ich wollte Deutschlands Einheit (dargestellt von Kai Diekmann und Ralf Georg Reuth), Berlin 1996, S. 324: „Es schien mir in diesem Augenblick, als lebe die kleine Entente wieder auf. Als der spätere polnische Ministerpräsident Jan Bielecki Bonn besuchte und ich ihn fragte, ob Warschau und Paris wieder so ein Spiel machen wollten, da hat er mir erzählt, daß Mazowiecki ihm gesagt habe, man müsse zwischen Warschau und Paris Ping-Pong spielen – über das deutsche Netz hinweg. Das alte Spiel! Ich lachte ihn damals an und sagte zu ihm: 'Das könnt ihr natürlich tun. Überhaupt können wir alle wieder dieselben Dummheiten wie damals machen.'“

35 Siehe Dieter Bingen, Auswirkungen auf Polen, in: Heinrich Vogel (Hrsg.), Umbruch in Osteuropa. Interdependenzen und Konsequenzen. Köln 1990 (Sonderveröffentlichung des BIOst), S. 19-26, hier S. 24.

von einem gleichberechtigten politischen Willen der Bevölkerung der beiden deutschen Staaten abhängig zu machen. 2. Die Vier Mächte müssen ihre Zustimmung zur deutschen Vereinigung geben. 3. Die deutsche Vereinigung soll in eine gesamteuropäische Integration eingebettet und mit einer neuen europäischen Sicherheitsstruktur verbunden sein. 4. Die beiden deutschen Staaten dürfen sich lediglich und ausschließlich in ihren gegenwärtigen Grenzen vereinigen.“³⁶

Grenzregelung und Internationalisierung als polnische Zentralforderungen

Einen Wendepunkt in der neuen „positiven Deutschlandpolitik“ der Regierung Mazowiecki stellte die Reaktion auf den Zehn-Punkte-Plan des Bundeskanzlers vom 28. November 1989 dar. Bundeskanzler Kohl hatte auf die neue innerdeutsche Situation nach der Öffnung der deutsch-deutschen Grenze mit einem Plan reagiert, in dem ein möglicher Weg zu konföderativen Strukturen zwischen beiden deutschen Staaten skizziert wurde, an dessen Ende eine bundesstaatliche Ordnung Deutschlands stehen konnte.³⁷ Weil in dem Programm keinerlei Aussage über die Endgültigkeit der polnischen Westgrenze enthalten war, reagierte die polnische Regierung mit Kritik.³⁸

Teltschik erklärte zu dem Vorgang gegenüber Hajnicz im Juni 1992: „Wir haben darüber überhaupt nicht gesprochen. Wir hielten die Grenzfrage in der Tat für politisch entschieden und sahen keinen Grund dafür, diese Angelegenheit in die 3-4 Punkte über internationale Aspekte hineinzustecken. Außerdem sollte die Vereinigung die beiden deutschen Staaten und Berlin umfassen. Und nichts mehr.“³⁹ Aber ein *politisch* klärendes Wort hätte der neuen polnischen Regierung bei der Durchsetzung einer grundsätzlich deutschlandfreundlichen Politik angesichts der zahlreichen Kritiker im Lande das Leben sehr erleichtern können. Der stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Karl-Heinz Hornhues, suchte in dieser Angelegenheit Teltschik auf, der seinerseits eine „weiterführende Erklärung“ befürwortete, „weil es uns in der deutschen und internationalen Öffentlichkeit entlasten würde“.⁴⁰

Dreh- und Angelpunkt der polnischen Politik im Vereinigungsprozess wurde nunmehr das Verlangen nach einer Garantierklärung für die Oder-Neiße-Grenze. Hinzu kam die Forderung, die Interessen der europäischen Staaten zu berücksichtigen, insbesondere der Nachbarländer Deutschlands (Skubiszewski-Brief an die Außenminister der 7 Nachbarstaaten Deutschlands vom

36 Gazeta Wyborcza, 13.11.1989.

37 „Zehn-Punkte-Programm zur Überwindung der Teilung Deutschlands und Europas“, gekürzt in: Europa-Archiv (EA), F24/1989, S. D728-734.

38 Siehe Michael Ludwig, Polen und die deutsche Frage. Mit einer Dokumentation, Bonn 1991, S. 39 ff.

39 Artur Hajnicz, Polens Wende und Deutschlands Vereinigung. Die Öffnung zur Normalität 1989-1992, Paderborn 1995, S. 72.

40 Teltschik, S. 79.

2.3.1990)⁴¹ und die Vereinigung vom Einverständnis ganz Europas (einschl. Grenzgarantie durch die KSZE) abhängig zu machen.⁴² Bei Außenminister Skubiszewski kam es zu einer Verhärtung des Rechtsstandpunkts und der Ablehnung pragmatischer Lösungen in der Grenzfrage bis zur Vereinigung.

Seit der Konferenz von Ottawa (13.2.1990) bemühte sich die polnische Regierung auf diplomatischer Ebene um zwei Hauptziele: 1. die Präsenz bei den „Zwei-plus-Vier“-Verhandlungen und 2. eine völkerrechtlich verbindliche Grenzregelung noch vor der Vereinigung. In dieser Sache wurde sie bei den Vier Mächten und bei den beiden deutschen Regierungen vorstellig. Während seiner Staatsbesuche in London (12.-14.2.1990), in Paris gemeinsam mit Präsident Jaruzelski (9.3.1990) und in Washington (21.-26.3.1990) sowie im Gespräch mit Gorbatschow am 16. Februar 1990 suchte Premier Mazowiecki die Unterstützung für den polnischen Standpunkt. Warschau trug den sog. Mazowiecki-Plan vor, in dem Bonn und Ost-Berlin ein dreistufiges Vorgehen vorgeschlagen wurde:⁴³ Zwischen Polen und den beiden deutschen Staaten sollte unter der Ägide von Vier Mächten ein Grenzvertrag ausgearbeitet und anschließend paraphiert werden. Die Ratifizierung sollte dann durch den gesamtdeutschen Souverän erfolgen. Bezüglich der Terminologie des abzuschließenden dreiseitigen Vertrags blieben Mazowieckis Vorstellungen durchaus zweideutig („Friedensvertrag“, „friedensvertragliche Regelung“).⁴⁴

Die Haltung Polens gegenüber dem sich vereinigenden Deutschland hatte auch bemerkenswerte Auswirkungen auf die Einschätzung der Sowjetunion für die Sicherheit Polens. Plötzlich galt sie wieder als Garant für Polens territoriale Integrität. Die Folgen für die polnische Sowjetunionpolitik können hier nicht weiter ergründet werden.⁴⁵ Nur soviel sei hier erwähnt, daß die kurzzeitige Revision einer Staatsräson in *statu nascendi* dazu führte, daß das Moskauer Angebot vom 11. Februar 1990, Verhandlungen über einen sowjetischen Truppenabzug einzuleiten, von Mazowiecki nicht auf seine Ernsthaftigkeit überprüft wurde. Er bekundete im Gegenteil das polnische Interesse an einem vorläufigen Verbleib sowjetischer Kontingente in Polen, bis die sicherheitspolitische Einbindung Deutschlands in eine gesamteuropäische Sicherheitsordnung geregelt wäre.⁴⁶ Im Gegensatz dazu hatte sich der Solidarność-Vorsitzende Wałęsa bereits am 18. Januar 1990 in einem Gespräch mit dem sowjetischen Botschafter Browikow für einen vollständigen Abzug der sowjetischen Verbände bis zum Jahresende ausgesprochen.⁴⁷

41 Wortlaut in: Jan Barcz, *Udział Polski w konferencji „2+4“*. Aspekty prawne i proceduralne (Die Beteiligung Polens an der „Zwei-plus-Vier“-Konferenz. Rechtliche und prozedurale Aspekte), Warszawa 1994, S. 120-123.

42 Krzysztof Skubiszewski, Die völkerrechtliche und staatliche Einheit des deutschen Volkes und die Entwicklung in Europa, in: EA, F6/1990, S. 195-202, hier S. 197.

43 Siehe Ludwig, S. 51 ff.

44 Ebenda, S. 59.

45 Siehe ebenda, S. 92 ff.

46 Ebenda, S. 114 f.; Biermann, S. 269.

47 Wałęsa pojedzie do Moskwy (Wałęsa fährt nach Moskau), in: Rzeczpospolita, 19.1.1990.

Darüber hinaus bemühte sich die polnische Regierung um eine weitergehende Internationalisierung des Vereinigungsprozesses (Nachbarstaaten, KSZE). Am Ende erreichte Polen die Einladung zu der „Zwei-plus-Vier“-Konferenz in Paris, die sich mit den äußeren Aspekten der deutschen Einheit befaßte.⁴⁸

In einer weiteren zentralen Forderung Warschaws signalisierte die Regierung Kohl/Genscher deutliches Entgegenkommen, als sie Mitte März ihr Einverständnis erklärte, Polen in die Pariser „Zwei-plus-Vier“-Gesprächsrunde über die äußeren Aspekte der deutschen Einheit einzubeziehen, soweit die Grenzfrage zur Debatte stand,⁴⁹ ohne dem Land den Status eines offiziellen Verhandlungspartners der Sechs einräumen zu wollen. Unmittelbar vor seiner Reise zu Präsident Bush hatte Kohl am 23. Februar mit Mazowiecki telefoniert und versucht, dessen Sorgen hinsichtlich der Grenzfrage zu zerstreuen.⁵⁰ Am 24. Februar kamen der Bundeskanzler und Präsident Bush in Camp David überein, daß Polen nicht förmlich an den „Zwei-plus-Vier“-Verhandlungen beteiligt werden sollte.⁵¹ In dieser formalen Frage konnte sich die Bundesregierung auch der Unterstützung des französischen Verbündeten sicher sein, der damit seine polnischen Gesprächspartner enttäuschte. Anlässlich des Besuchs von Präsident Jaruzelski, Ministerpräsident Mazowiecki und Außenminister Skubiszewski am 9. März in Paris bestand François Mitterrand auf der Wahrung der exklusiven Rechte der Vier Mächte. Er ließ sich nicht dazu bewegen, Polen den Status eines Teilnehmers an den „Zwei-plus-Vier“-Gesprächen einzuräumen, nicht einmal in der Grenzfrage, ganz zu schweigen von der Forderung, allgemein bei der Behandlung von Sicherheitsfragen mitzureden. Zugleich kündigte Mitterrand an, Frankreich werde auf der ersten Sitzung der „Zwei-plus-Vier“-Konferenz am 14. März in Bonn die Frage einer möglichen Teilnahme Polens auf die Tagesordnung setzen, damit die Modalitäten geklärt würden. Der französische Präsident befürwortete freilich entgegen der Bonner Position parallel zu den „Zwei-plus-Vier“-Konferenzen Verhandlungen zwischen Deutschen und Polen über einen Grenzvertrag, die jedenfalls vor der möglichen Vereinigung der beiden deutschen Staaten abgeschlossen sein sollten.⁵² Frankreich nahm angesichts der unterschiedlichen Positionen Bonns und Warschaws am Vorabend des ersten „Zwei-plus-Vier“-Treffens die Position eines *go between* ein. Mit dieser kurzfristigen Konstellation konnte die Bundesregierung jedoch angesichts des prioritären französischen Interesses an einer langfristigen Aufrechterhaltung des deutsch-französischen Sonderverhältnisses und der vorbehaltlosen Unterstützung seitens der US-Administration recht gut leben.⁵³ Entsprechenden französischen und britischen Aufforderungen

48 Siehe auch Zelikow/Rice, S. 217 ff.

49 Siehe Dieter Korger, Die Polenpolitik der deutschen Bundesregierung von 1982-1991, Bonn 1993, S. 66.

50 Die Botschaft an Mazowiecki zitiert Kohl (S. 312) mit folgendem Wortlaut: „Sie haben eine schwierige innenpolitische Situation und ich auch. Und eigentlich gehört ja zu freundschaftlichen Beziehungen, daß man versucht, den anderen zu verstehen und sich gegenseitig zu helfen.“

51 Zelikow/Rice, S. 213.

52 Kohl, S. 324.

53 Ludwig, S. 67 ff. Dazu Ulrich Albrecht, Die internationale Regelung der Wiedervereinigung. Von einer „No-win“-Situation zum raschen Erfolg, in: Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ), B40/96,

gen kam die Bundesregierung insoweit entgegen, als sich der Bundeskanzler Ende März und im April 1990 mehrfach unzweideutig in dem Sinne äußerte, daß das vereinigte Deutschland die Unverletzlichkeit der gegenwärtigen deutsch-polnischen Grenze vertraglich bestätigen werde.⁵⁴

Ebensowenig wie die Regelung der Beteiligung Polens an den „Zwei-plus-Vier“-Verhandlungen entsprach der Entschließungsantrag des Bundestags vom 8. März 1990 (Empfehlung einer Absichtserklärung der beiden demokratisch gewählten Parlamente zur Oder-Neiße-Grenze möglichst bald nach den Volkskammerwahlen) den ursprünglichen Warschauer Vorstellungen, ganz zu schweigen von der geforderten Einbettung der deutschen Einheit in eine neue europäische Sicherheitsordnung.

Der Bundeskanzler sprach von einer „internationalen Druckkulissee“, zeigte sich intern verärgert über das polnische Mißtrauen und bemerkte nicht den psychologischen Druck, dem sich Mazowiecki ausgesetzt fühlte.⁵⁵ Obgleich die Bundesregierung den Mazowiecki-Plan gegen die Bedenken Genschers schließlich ablehnte, zeigte sich Kohl Ende Februar 1990 bereit, Polen in der Grenzfrage entgegenzukommen. Er schloß sich dem zuvor von Bundestagspräsidentin Süssmuth und Außenminister Genscher angeregten Plan an, nach den Volkskammerwahlen (18.3.1990) eine gemeinsame Erklärung von Volkskammer und Bundestag herbeizuführen, in der die polnische Westgrenze garantiert und ein Grenzvertrag mit einer gesamtdeutschen Regierung in Aussicht gestellt würde.⁵⁶ Es gab mehrere Erklärungen für dieses Vorgehen des Kanzlers. US-Präsident Bush hatte Kohl bei dessen Besuch Ende Februar 1990 in Camp David dargelegt, daß die Vereinigten Staaten der deutschen Einheit nur auf der Grundlage einer formellen Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze zustimmen würden.⁵⁷ Neben dem außenpolitischen Druck seitens des Hauptverbündeten im „Zwei-plus-Vier“-Prozeß gab es auch Kritik aus der FDP und aus den Reihen der CDU an der vermeintlichen polenpolitischen Gefühllosigkeit des Kanzlers. Kohls Kritiker in den Regierungsparteien beanstandeten zudem die vom Kanzler am 2. März geäußerte Auffassung, daß die gemeinsame Re-

27.9.1996, S. 3-11, hier S. 8 f.: „Für Politologie nicht überraschend entpuppt sich die Auseinandersetzung um die verbindliche Anerkennung der Grenze zwischen Deutschland und Polen im Prozess der deutschen Vereinigung vor allem als Austrag von Machtpositionen. Zwar gab es substantiell auf deutscher Seite keinen Widerspruch gegen den polnischen Wunsch, die bestehende Grenze zwischen beiden Ländern möglichst international hochrangig abzusichern, aber die polnische Politik war mit keinem ihrer Versuche zum Ziel gelangt, diese Übereinstimmung vorab international vertraglich festzuschrauben. Auch die französische Politik, welche sich dem polnischen Begehren gegenüber am aufgeschlossensten zeigte, mußte wiederholt unter Druck zurückstecken, gar unter Preisgabe von öffentlichen Festlegungen des Staatspräsidenten.“

54 Das geschah u. a. auf der Bundestagung des Evangelischen Arbeitskreises der CDU und der CSU (24./25.3.1990); in einer Rede in Cambridge (29.3.1990); auf einer Pressekonferenz während des deutsch-französischen Gipfels am 26. April 1990. (Zit. n. Ludwig, S. 72 f.)

55 Siehe Teltschik, S. 174; vgl. auch Kohl, S. 313.

56 „Kohl für eine Erklärung des Bundestages und der Volkskammer zur polnischen Westgrenze“, in: FAZ, 1.3.1990.

57 Leo Wieland, Bush zieht in den Sturm und Drang der deutschen Einigung Zwischenböden und Querbalken ein. Ein Garantiewort des Präsidenten für die deutsch-polnische Grenze, in: FAZ, 27.2.1990.

solution die Aufforderung an Polen enthalten sollte, die Rechte der deutschen Minderheit festzuschreiben und auf Reparationszahlungen endgültig zu verzichten. Gerade die offensichtlich zur innenpolitischen Entlastung aufgestellte letzte Forderung⁵⁸ war dazu angetan, in Warschau schlafende Hunde zu wecken, da die polnische Regierung sich zu der Reparationsfrage überhaupt nicht geäußert hatte und deren innenpolitische Gegner nunmehr ermuntert werden konnten, ebendiese wieder auf den Verhandlungstisch zu bringen.⁵⁹

In einem vom Bundestag mehrheitlich angenommenen Entschließungsantrag der Koalitionsparteien vom 8. März 1990, in dem die gemeinsame Resolution zu einem frühestmöglichen Zeitpunkt nach der DDR-Volkskammerwahl vorgeschlagen wurde, tauchten denn auch diese Aufforderungen nicht auf. In dem Text wurde lediglich darauf hingewiesen, daß die Gemeinsame Erklärung (auch bezüglich der Rechte „Deutschstämmiger“) und der polnische Verzicht auf Reparationen aus dem Jahr 1953 weiterhin für gültig erachtet werden.⁶⁰ Die SPD und die Grünen lehnten den Koalitionsantrag ab, da ihnen die Entschließung der Koalitionsparteien in der Grenzfrage nicht weit genug ging. Auch die FDP wäre gern weitergegangen, beugte sich aber der Koalitionsräsion. So hatten die Liberalen im Unterschied zu Kohl den Vorschlag von Premier Mazowiecki begrüßt, ein Grenzabkommen mit Polen schon jetzt zu paraphieren und es später durch ein gesamtdeutsches Parlament zu ratifizieren.⁶¹

Mit der März-Entschließung wurde immerhin eine Korrektur in der Polenpolitik des Bundeskanzlers sichtbar, der nunmehr die leidige Grenzfrage zu einer prioritären Angelegenheit der gewählten Repräsentanten des deutschen Volkes, nämlich des Bundestags und der Volkskammer, machte und sich zudem verpflichtete, sich dafür einzusetzen, daß die demokratisch legitimierte Regierung der DDR und die Bundesregierung eine entsprechende Willenserklärung abgeben würden. Damit gab der Kanzler seinen bisherigen Grundsatz auf, daß die Bundesregierung oder der Kanzler eine solche, die Haltung der Regierung eines vereinigten Deutschland präjudizierende Absichtserklärung nicht abgeben könne.⁶² Eine entsprechende Erklärung gab die Volkskammer am 12. April 1990 ab.⁶³ Der Weg zu einer gemeinsamen Entschließung von Bundestag und Volkskammer war offen. Schon in einem Telefongespräch am 20. März hatte der Bundeskanzler dem amerikanischen Präsidenten versichert, er sei bereit, den Text der Formulierungen bezüglich der deutsch-polnischen Grenze, also praktisch die Formel für den Kern eines Grenzvertrags, mit dem polnischen Ministerpräsidenten vertraulich abzustimmen.⁶⁴ Damit gewannen die deutschen Aussagen zur Oder-Neiße-Grenze politisch sogar eine höhere

58 Siehe Teltschik, S. 165.

59 Siehe auch Ludwig, S. 79.

60 Bulletin, Nr. 34, 9.3.1990, S. 268.

61 „Genscher rückt deutlich von Kohl ab. Dregger nennt Kritik am Kanzler bestürzend“, in: FAZ, 5.3.1990.

62 Ludwig, S. 67.

63 EA, F10/1990, S. D242 f.

64 Siehe Kohl, S. 338; und Albrecht, S. 8, der die Idee der amerikanischen Vermittlung zuschreibt.

Legitimation und breitere Wirkung als durch eine Person, und sei es der Regierungschef.

Heute gilt als gesichert, daß das Hin und Her in der christlich-liberalen Koalition über die richtige Formulierung der Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze vor der Etablierung eines gesamtdeutschen Souveräns ein Sprengsatz für das Regierungsbündnis war: „Aus dem engsten Beraterkreis des Kanzlers ist überliefert, daß Helmut Kohl im Frühjahr 1990 Züge tiefer Resignation wegen der Widerstände in der eigenen Partei zeigte. Damals habe er im kleinen Kreis laut darüber nachgedacht, sein Amt aufzugeben.“⁶⁵

Ab April 1990 begann eine vorsichtige Umorientierung der polnischen Deutschlandpolitik nach einer gewissen Klärung des Prozedere der „Zwei-plus-Vier“-Verhandlungen, dem Mazowiecki-Besuch bei Bush und einigen wichtigen Signalen auf bundesdeutscher Seite (Kohl vor dem Ev. Arbeitskreis, 25.3.1990; Staatsbesuch von Weizsäckers in Polen, 2.-5.5.1990).

Die Terminierung des Staatsbesuchs des Bundespräsidenten in Polen war im Kontext der innenpolitischen Debatte in Polen über Deutschland zugleich problematisch und glücklich gewählt worden. Problematisch stellten sich die atmosphärischen Störungen zwischen Bonn und Warschau seit Ende November 1989 dar. Ein glücklicher Umstand war die Herausforderung, gerade in diesem Augenblick einige Wahrheiten auszusprechen und polnische Einwände gegen den Verlauf des deutschen Einigungsprozesses zu entkräften. Schon in Pressegesprächen vor seinem Reiseantritt hatte der Bundespräsident klargestellt, daß die Grenzfrage zwischen Deutschen und Polen substantiell bereits gelöst sei und keine Veränderung am Verlauf der deutsch-polnischen Grenze vorgenommen werde. Während des Polenbesuchs sah von Weizsäcker eine Hauptaufgabe darin, den Gastgebern, vor allem dem Präsidenten Jaruzelski, Verständnis für den deutschen Einigungsprozess abzugewinnen und ihnen die Ängste vor einem vereinigten Deutschland zu nehmen, da dieses Deutschland ebenso wie Polen Teil eines größeren gemeinsam zu schaffenden Europa sein werde. Er mahnte die Polen zu einer wirklich europäischen Einstellung, die den Deutschen den Verlust von jahrhundertlang zu Deutschland gehörenden Gebieten und die Vertreibung von Millionen Deutschen erträglicher machen würde.⁶⁶

Auf bundesdeutscher Seite war Bundespräsident von Weizsäcker darum bemüht, anläßlich seines Staatsbesuchs in Polen vom 2. bis 5. Mai 1990 nicht nur prinzipiell eine neue Qualität der deutsch-polnischen Beziehungen sichtbar zu machen, sondern angesichts polnischer Aufgeregtheit wegen einer endgültigen deutschen Grenzenerkennung beruhigend nach Polen hineinzuwirken.⁶⁷ Die

65 Kiessler/Elbe, S. 117; vgl. auch Wolfgang Schäuble, *Der Vertrag. Wie ich über die deutsche Einheit verhandelte*, Stuttgart 1991, S. 58 ff.

66 Bulletin, Nr. 56, 9.5.1990, S. 440.

67 Siehe Helga Hirsch, *Durchbruch zu neuem Verständnis? Richard von Weizsäcker versuchte durch Zurückhaltung zu überzeugen*, in: *Die Zeit*, 20, 11.5.1990; Uwe Bergdoll, *Ein später Besuch zur*

Berechenbarkeit einer Bundesrepublik Deutschland sollte unter Beweis gestellt werden, die den territorialen Status quo auch unter nicht vorhersehbaren Bedingungen unangetastet ließ. Der erste Besuch eines deutschen Staatsoberhauptes in Polen nach 990 Jahren (nach Otto III. im Jahre 1000 in Gnesen),⁶⁸ der auf polnische Einladung erfolgte – nimmt man die Besuche von DDR-Staatsratsvorsitzenden aus der Zählung aus –, konnte wegen des noch nicht abgeschlossenen „Zwei-plus-Vier“-Prozesses und der Schwebephase der deutsch-polnischen Beziehungen vor Abschluß eines Grenzvertrags und eines neuen Grundlagenvertrags freilich nur begrenzte Ausstrahlung haben. Jedenfalls wurde er ungeachtet der Bemühungen des Bundespräsidenten von dem deutsch-polnischen Dissens über das Prozedere bei der Harmonisierung von Vereinigungspolitik und der endgültigen Grenzregelung mit Polen überschattet.⁶⁹

Der Chefredakteur der Solidarność-Tageszeitung „Gazeta Wyborcza“, Adam Michnik, schrieb am letzten Tag des Staatsbesuchs von Bundespräsident Richard von Weizsäcker in Polen (2.-5.5.1990) mit Blick auf die Vergangenheitsfixierung der innenpolitischen Diskussion in Polen über Deutschland und die teilweise selbstinduzierte Besorgnis über die Oder-Neiße-Grenzfrage seit der Jahreswende: „Nötig ist aber auch eine neue Perspektive im Denken über die Deutschen und über den deutschen Staat. Es reicht nicht aus, das Bewußtsein im Andenken an das Martyrium zu füttern, und schon überhaupt nicht, das Interesse auf die Grenze an Oder und Neiße zu reduzieren. Wir müssen die fremde Biographie und fremde historische Erfahrung begreifen. Wir müssen begreifen, daß das bisherige Bild von Deutschland ein sehr ärmliches ist, daß es nicht reicht, sich vor den Deutschen zu fürchten.“⁷⁰

Seit dem Regierungswechsel in der DDR fühlte sich die polnische Regierung für einen kurzen Moment durch die Signale aus Ost-Berlin in ihrer Position zum Prozedere in der Oder-Neiße-Grenze und der sicherheitspolitischen Dimension des deutschen Einigungsprozesses bestärkt (Volkskammer-Erklärung, 12.4.1990; Regierungserklärung de Maizière 19.4.1990).

Die Koalitionsvereinbarung der neuen demokratischen DDR-Regierung und das Selbstverständnis der außenpolitischen Berater des neuen DDR-Außenministers Markus Meckel, vor allem des neuen Planungsstabschefs, des West-Berliner Friedensforschers Ulrich Albrecht, verursachten Irritationen bezüglich einer einheitlichen deutsch-deutschen Position in der Grenzfrage, da das Ost-Berliner Regierungsbündnis den Mazowiecki-Plan akzeptierte. Ministerpräsident Lothar de Maizière bekräftigte in seiner Regierungserklärung vom

rechten Zeit, in: SZ, 4.5.1990; Dieter Bingen, Nach dem Präsidentenbesuch in Polen: Deutsch-polnische Beziehungen auf dem Prüfstand, Köln 1990 (Aktuelle Analysen des BIOst, 34/1990).

68 Stefan Dietrich, Eine Nachbarschaftsvisite nach 1000 Jahren, in: FAZ, 27.4.1990.

69 Vgl. auch Adam Krzemiński, Wzorzec sąsiedztwa. Prezydent von Weizsäcker w Polsce: szansa nie wykorzystana do końca (Muster der Nachbarschaft. Präsident von Weizsäcker in Polen: eine nicht vollständig genutzte Chance), in: Polityka, 19, 12.5.1990.

70 Adam Michnik, Dialog z Weizsäckerem (Dialog mit Weizsäcker), in: Gazeta Wyborcza, 5.-6.5.1990.

19. April 1990 die Unverzichtbarkeit einer völkerrechtlich verbindlichen Anerkennung der polnischen Westgrenze.⁷¹

Bei dem Besuch von Außenminister Meckel am 24. April im Auswärtigen Amt kam es zu einer kurzen denkwürdigen Konkurrenzsituation der nunmehr zwei demokratisch legitimierten deutschen Außenminister. Als Meckel die besondere Gestaltungsaufgabe der DDR-Außenpolitik angesichts einer baldigen Vereinigung am Beispiel Polen darstellte („Wir können engste Beziehungen mit Polen einbringen“), da erklärte ihm Genscher, daß gerade Polen bereits in kommunistischen Zeiten besonderen Wert auf seine Kontakte mit der Bundesrepublik gelegt habe.⁷² Freilich räumt Genscher in seinen Erinnerungen ein, daß die Grenzankennung von 1950 im Bewußtsein der Polen der DDR immer die Rolle eines Garanten zugewiesen hatte. Dem wäre allerdings wiederum hinzuzufügen, daß die DDR-Grenzgarantie für die Polen nicht mehr Wert besaß als die sowjetische Bestandsgarantie für die DDR. Während sich Genscher in seinem Buch über die deutsch-deutschen Positionsdifferenzen auf den „Zwei-plus-Vier“-Konferenzen und insbesondere den erfolglosen Versuch Ost Berlins, sich als Fürsprecher polnischer Interessen in der Grenzfrage zu profilieren, dezent zurückhält, berichten Kiessler und Elbe darüber ohne diplomatische Rücksichtnahme. Während die polnische Diplomatie für den Einsatz Meckels zugunsten der Warschauer Haltung in der Grenzfrage dankbar war, mußte die neue DDR-Diplomatie ihre Außenseiterposition in den Sicherheitsfragen (zur NATO-Mitgliedschaft des vereinigten Deutschland, Stationierung westallierter Truppen und Denuklearisierung) nicht nur bei den Westalliierten, sondern gerade auch bei dem polnischen Außenminister Skubiszewski feststellen.⁷³

Im Anschluß an das erste „Zwei-plus-Vier“-Treffen am 5. Mai 1990 in Bonn sandten die beiden deutschen Außenminister auf einer Pressekonferenz ein weiteres politisches Signal nach Warschau: „Die beiden deutschen Regierungen haben heute ihre Entschlossenheit zum Ausdruck gebracht, daß die polnische Westgrenze, so wie sie in den Verträgen von Görlitz und Warschau und in den dazugehörigen Dokumenten beschrieben ist, die endgültige Grenze zwischen Polen und Deutschland sein soll und daß diese Feststellung Gegenstand eines völkerrechtlichen Vertrages sein wird, den das vereinigte Deutschland mit der Republik Polen schließen wird.“⁷⁴

In dreiseitigen Gesprächen zwischen den politischen Direktoren aus Bonn, Ost-Berlin und Warschau (3. Mai in Warschau, 18. Mai in Bonn, 29. Mai in Ost-Berlin) parallel zu den „Zwei-plus-Vier“-Verhandlungen diskutierte man über die Auswirkungen auf die deutsch-polnische Vertragsagenda. Am 27. April hatte die polnische Regierung den beiden deutschen Regierungen ei-

71 Ludwig, S. 77.

72 Genscher, S. 761.

73 Siehe Kiessler/Elbe, S. 189-201; und aus der Position des Akteurs und Betroffenen: Ulrich Albrecht, Die Abwicklung der DDR. Die „2+4“-Verhandlungen. Ein Insider-Bericht, Opladen 1992.

74 Zit. n. Genscher, S. 782.

nen Grenzvertragsentwurf unterbreitet – mit dem Ziel der Paraphierung vor der Vereinigung –, der auf wenig Gegenliebe stieß.⁷⁵ Bonn und Ost-Berlin boten statt dessen die durch die beiden deutschen Regierungen bereits im März im Bundestag angekündigte gleichlautende Erklärung von Bundestag und Volkskammer an.⁷⁶ Die polnische Seite wollte in dem Vertrag aber nicht nur die Grenzfrage behandelt wissen, sondern sprach weitere bilaterale Probleme an, wie die Regelung der Folgen der Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion für Polen, eine reziproke Regelung der Minderheitenfrage, eine individuelle Wiedergutmachungsregelung für NS-Verfolgte.⁷⁷ Die deutsche Seite stellte sich dagegen auf den Standpunkt, daß ein reiner Grenzbestätigungsvertrag abgeschlossen werden sollte und die weiteren Fragen der bilateralen Beziehungen einem sorgfältig vorbereiteten „großen“ Nachbarschaftsvertrag vorbehalten werden sollten. Es wurde keine allseits befriedigende Formel für das weitere Vorgehen gefunden. Schließlich wurden die Verhandlungen im Vorfeld der für den 21. Juni 1990 erwarteten gemeinsamen Erklärung der beiden deutschen Parlamente ausgesetzt.⁷⁸

Nach der Entschließung von Bundestag und Volkskammer vom 21. Juni 1990 nahm Polen von dem Mazowiecki-Plan Abstand.

Die gemeinsame Entschließung von Bundestag und Volkskammer am 21. Juni 1990⁷⁹ war als die entscheidende und verbindliche Verpflichtung zur Grenzfrage gegenüber der polnischen Regierung *vor* der Herstellung der deutschen Einheit zu werten: In den Resolutionen beider Parlamente, die inhaltlich deckungsgleich waren, wurde darauf hingewiesen, daß eine Grenzbekräftigung erst von einem gesamtdeutschen Souverän vorgenommen werden konnte. Die Teilstaaten dieses noch nicht existierenden Souveräns gaben jedoch durch ihre gleichlautenden Willenserklärungen eindeutig zu verstehen, daß sich eine gesamtdeutsche Volksvertretung nicht anders entscheiden würde. Den Beginn einer gesamtdeutschen Argumentation in der Grenzfrage konnte man bereits in der Resolution selbst finden: Sowohl die Bundesrepublik Deutschland als auch die DDR beschrieben den Verlauf der deutsch-polnischen Grenze und bekräftigten die Verbindlichkeit der Grenzregelung durch Aufzählung aller Verträge, die Polen je mit den Regierungen der beiden deutschen Staaten diesbezüglich geschlossen hatte. Die Resolution bezog sich auf den Görlitzer Vertrag vom 6. Juli 1950 und ergänzende Vereinbarungen, den Vertrag über die Abgrenzung der Seegebiete in der Oder-Bucht vom 22. Mai 1989, den Akt über die Markierung der Staatsgrenze vom 27. Januar 1951 zwischen der DDR und Polen und den Warschauer Vertrag vom 7. Dezember 1970 zwischen der Bun-

75 Barcz, S. 36.

76 Siehe auch Barcz, S. 43 ff.

77 Węc in: Bingen/Węc, S. 96 f.

78 Siehe auch Hans Misselwitz, Problem granic jako główny przedmiot rokowań „Dwa plus Cztery“ (Das Grenzproblem als Hauptgegenstand der „Zwei-plus-Vier“-Verhandlungen), in: Polska. Niemcy. Przyszłość, pod red. Barbary Mikulskiej-Góralskiej i Witolda M. Góralskiego, Warszawa 1996, S. 61-72, hier S. 69.

79 Bulletin, Nr. 79, 22.6.1990, S. 684. Im Bundestag war das Abstimmungsergebnis 487:15:3, in der Volkskammer 379:6:0.

desrepublik und Polen.⁸⁰ Der Text der EntschlieÙung wurde zusammen mit einem Begleitschreiben, das die definitive Zusage zum AbschluÙ eines Grenzvertrags mit Polen enthielt, von beiden deutschen Regierungen an Warschau übermittelt. Bundeskanzler Kohl fügte im Hinblick auf die ausstehende Entscheidung des vereinten Deutschlands in seiner am gleichen Tag gehaltenen Regierungserklärung hinzu: „Am Willen des deutschen Volkes – bekundet durch den Deutschen Bundestag und die Volkskammer der DDR – kann nicht gezweifelt werden.“⁸¹

Die Warschauer Regierung begnügte sich nach dem 21. Juni 1990 mit der Forderung, die Gespräche über den abzuschließenden Grenzvertrag noch vor der Vereinigung zu beginnen und die Verhandlungen bald nach der Vereinigung abzuschließen. Dann wuchsen plötzlich wieder die Warschauer Befürchtungen, Bonn werde nach der Vereinigung und Entlassung in die vollständige Souveränität seine Verpflichtung zu einer endgültigen Grenzbestätigung nicht ernst nehmen.

So machte die polnische Regierung Anfang Juli noch einen Winkelzug, der in Bonn auf Unverständnis stieß. Am Vorabend seiner Moskau-Reise richtete Kohl einen Brief an Mazowiecki, in dem er seine tiefe Enttäuschung über die kurzfristige – und kurzsichtige – Taktik der polnischen Regierung zum Ausdruck brachte, unmittelbar vor den bevorstehenden „Zwei-plus-Vier-plus-Eins“-Verhandlungen in Paris (17.7.1990) ein Junktim zwischen dem AbschluÙ eines deutsch-polnischen Grenzvertrags und der Entlassung Deutschlands in die volle Souveränität vorzuschlagen.⁸²

Die Übereinkunft zwischen Kohl und Gorbatschow im Kaukasus (16.7.1990) enthielt ein Signal an Polen. Im ersten Punkt der Vereinbarung hieß es nämlich, daß die Einigung Deutschlands die Territorien der Bundesrepublik, der DDR und Berlins umfassen werde.⁸³ Damit war eine weitere Garantie für die Westgrenze Polens gegeben. Und die Zustimmung Moskaus zur Bündniszugehörigkeit des vereinigten Deutschland kam auch Polens Sicherheitsbedürfnis entgegen. Schließlich hatte sich Polen gemeinsam mit seinen Nachbarn innerhalb der Warschauer-Pakt-Organisation gegen Gorbatschows ursprüngliche Neutralitätsvorstellungen bezüglich des vereinigten Deutschland ausgesprochen. Kohl ließ Gorbatschow auch wissen, „daß er 'aus Gründen der tragischen Geschichte Polens' zuerst lieber einen umfassenden deutsch-polnischen Ver-

80 Ebenda.

81 Ebenda, S. 677-684; vgl. auch Teltschik, S. 282, der die verhaltene Reaktion in Warschau registriert: „Man handelt dort nach dem Grundsatz des Alles oder Nichts. Das gilt vor allem für Mazowiecki: Er besteht auf einem förmlichen AbschluÙ von Vertragsverhandlungen vor der Vereinigung.“

82 Siehe Hajnicz, Polens Wende, S. 86; Ludwig, S. 85 ff.; Kiessler/Elbe, S. 199; vgl. dazu die abweichende Darstellung zur polnischen Position: Barcz, *Udział Polski w konferencji „2+4“*, S. 57 ff.

83 Siehe „Zum Zeitpunkt der Vereinigung wird Deutschland souverän. Die acht Punkte der Übereinkunft Kohls mit Gorbatschow“, in: FAZ, 17.7.1990.

trag vorgezogen hätte. Auf diesen Vorschlag aber war die Regierung in Warschau nicht eingegangen.“⁸⁴

Erst am Vorabend der Pariser Verhandlungen konnten in einem Gespräch zwischen Genscher und Skubiszewski die „Mißverständnisse“ ausgeräumt werden, mit denen die polnische Regierung in die diplomatische Isolation zu geraten drohte.⁸⁵ Außerdem waren in Deutschland Unverständnis und Enttäuschung über den tiefen polnischen Argwohn gerade bei den Polen besonders freundlich gesinnten Politikern und in der Presse groß. Das polnische Mißtrauen war unbegründet und hatte wohl damit zu tun, daß sich die Politik von Skubiszewski „zu einseitig auf ein wichtiges, aber beschränktes Ziel – die Grenze“ (A. Hajnicz) – konzentrierte und die implizite wie explizite Verknüpfung aller mit dem deutschen Einigungsprozess verbundenen Fragen verkannte. Jedem verantwortlichen Politiker im „Zwei-plus-Vier“-Prozeß – ob Deutscher, Briten, Franzose, Amerikaner oder Russe – war im Sommer 1990 bewußt, daß mit der kurz bevorstehenden „abschließenden Regelung“ der „deutschen Frage“ die Grenzfrage ebenfalls abschließend zu behandeln war. Selbst wenn deutsche Politiker gewollt hätten, sie hätten aus der internationalen Einbindung nicht ausbrechen können.

Schließlich konnten in Paris die polnischen Befürchtungen mit der Einigung der „Zwei-plus-Vier“-Außenminister über die fünf Prinzipien zur Regelung der endgültigen Anerkennung der deutsch-polnischen Grenze zerstreut werden, die Bestandteil der abschließenden Regelung über Deutschland vom 12. September 1990 wurden: 1. Die Außenminister der Vier Mächte und der beiden deutschen Staaten stimmten darin überein, daß das vereinte Deutschland nur die gegenwärtigen Gebiete der Bundesrepublik Deutschland, der Deutschen Demokratischen Republik und Berlins umfassen sollte.⁸⁶ 2. Die beiden deutschen Staaten verpflichteten sich, das Grundgesetz so zu ändern, daß eine territoriale Ausdehnung Deutschlands ausgeschlossen bleibt. 3. Die beiden deutschen Staaten erklärten, gegenüber keinem anderen Land Gebietsansprüche zu erheben. 4. Die beiden deutschen Regierungen verpflichteten das vereinigte Deutschland, mit Polen in einem bilateralen völkerrechtlich verbindlichen Vertrag die zwischen Deutschland und Polen bestehende Grenze zu bestätigen. 5. Die Vier Mächte nahmen die Verpflichtung der beiden deutschen Regierun-

84 Kiessler/Elbe, S. 172. Kohl gegenüber Gorbatschow am 15. Juli gemäß Gorbatschows Wortprotokoll: „Die Polen verstehe ich nicht ganz; ich habe Mazowiecki vorgeschlagen, nach der Vereinigung innerhalb von drei Monaten einen Vertrag über die deutsch-polnischen Grenzen auszuarbeiten und zu unterzeichnen. Darüber hinaus habe ich vorgeschlagen, Verhandlungen über den Abschluß eines umfassenden politischen Vertrages aufzunehmen. Zwei Schritte – zuerst die Grenzen und dann der große Vertrag. Die Polen zögern, weichen einer endgültigen Antwort aus. Aber wenn dann Deutschland seinen Vertrag mit der Sowjetunion abschließt, werden sie sofort die Nase rümpfen, ein großes Geschrei anheben und an die Geschichte erinnern. Es gilt zu überlegen, wie das zu vermeiden ist, wie man die Polen zur Vernunft bringt.“ (Kiessler/Elbe, S. 114)

85 Siehe auch Biermann, S. 705 ff.

86 Für die polnische Seite wegen des bisherigen Wortlauts des Art. 23 GG von größter Bedeutung.

gen zur Kenntnis und bestätigten, daß mit deren Realisierung die deutschen Grenzen endgültig seien.⁸⁷

Am 14. November 1990 wurde der deutsch-polnische Grenzbestätigungsvertrag in Warschau unterzeichnet.

Polen und die Frage der Bündniszugehörigkeit des vereinigten Deutschland

Die polnische Regierung sprach sich vom Anfang des Vereinigungsprozesses im Spätherbst 1989 an vehement gegen ein neutrales vereinigtes Deutschland aus und konnte sich dieses weiterhin als Mitglied der NATO vorstellen, wobei die Vorstellung von Außenminister Skubiszewski anfangs so weit ging, daß die Allianz der Stationierung sowjetischer Truppen im Osten Deutschlands für eine gewisse Zeit zustimmen sollte.⁸⁸ Auf der von Polen initiierten⁸⁹ Außenministertagung des Warschauer Pakts am 17. März 1990⁹⁰ in Prag und auf der Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses am 7. Juni 1990⁹¹ sprach sich Polen – wie Ungarn und die Tschechoslowakei – gegen eine Neutralisierung Deutschlands aus. Außenminister Skubiszewski gab schon früh einer NATO-Mitgliedschaft des vereinigten Deutschland den Vorzug vor einer Neutralisierung,⁹² formulierte aber wie Mazowiecki die Zustimmung zurückhaltender als ungarische und tschechoslowakische Regierungspolitiker.⁹³ Polen fürchtete seinerzeit eine Veränderung des Blockgleichgewichts zugunsten der NATO und eine Situation, in der Polen zu einem Frontstaat würde. Deshalb gab man in Warschau länger als in Prag und Budapest der Idee einer konkret nicht absehbaren gesamteuropäischen Sicherheitsordnung den Vorzug. Teltshik äußerte in einem Gespräch mit Hajnicz im Jahre 1992 versöhnlich, daß gerade der Standpunkt Polens als Nachbar Deutschlands und Schlüsselmitglied des Warschauer Pakts in der Frage der Neutralität Deutschlands auf der Prager Konferenz der Außenminister der Warschauer-Pakt-Staaten ausschlaggebend gewesen sei.⁹⁴

Schlußbemerkung

Die beharrliche Weigerung der Bundesregierung, auf die zentrale polnische Forderung nach einer rechtlich verbindlichen Zusage der Bundesrepublik zur

87 Abgedruckt in: Stichworte zur Sicherheitspolitik, 8, August 1990, S. 32.

88 Mazowiecki schlug noch während seines Paris-Besuchs am 29.5.1990 mit Verweis auf M. Thatchers Idee im „Spiegel“-Interview sogar eine siebenjährige Übergangsfrist für die sowjetischen Truppen in Deutschland (Ost) vor; siehe BPA-Ostinformationen, 30.5.1990.

89 So Außenminister Dienstbier in einem Interview in: Die Presse, 8.3.1990.

90 Archiv der Gegenwart (AdG), 17.3.1990, S. 34331 f.

91 AdG, 7.6.1990, S. 34586 ff.

92 Die Welt, 23.3.1990.

93 Siehe auch Skubiszewski, S. 198; und die Nichterwähnung der polnischen Haltung auf der Prager Warschauer-Pakt-Tagung bei Horn, S. 332 f. Horn spricht nur davon, daß ihm Dienstbier, von ihm dazu aufgefordert, bei der Abwehr des sowjetischen Standpunkts sekundiert habe.

94 Hajnicz, Polens Wende, S. 67.

Endgültigkeit der deutsch-polnischen Grenze *vor* der deutschen Vereinigung einzugehen oder sich auf eine vorläufige Lösung wie die rechtlich nicht bindende Paraphierung eines Grenzvertrags durch zwei deutsche Staaten einzulassen, fand mit zeitlichem Abstand sogar das Verständnis eines Vordenkers der polnischen Außenpolitik in der Wendezeit 1989/90. Artur Hajnicz führte in seinem Werk über „Polens Wende und Deutschlands Vereinigung“ dazu aus:

„Vor allem konnte ein vor der Vereinigung paraphierter Vertrag später in manchen Punkten in Frage gestellt werden. Wenn es nach der Vereinigung statt zur Unterzeichnung des fertigen Textes zu erneuten Verhandlungen gekommen wäre, wäre die Ausgangssituation der beiden Seiten eher schlechter als besser gewesen. Das Vakuum konnte sich dann noch mehr in die Länge ziehen. Das zweite Argument lautete: Ein vor der Vereinigung verhandelter und paraphierter Vertrag konnte leichter vor dem Bundesverfassungsgericht angegangen werden. Die Gegner des Vertrages hätten dann einen rechtlichen Anhaltspunkt gewonnen. Einen solchen Anhaltspunkt hatten die Vertreter des Bundes der Vertriebenen nicht, als sie später gegen den Vertrag vom 14. November 1990 klagten, was dann abgewiesen wurde. Und schließlich die Frage der Ratifizierung. Die Vorbereitung und Paraphierung eines Vertrages vor der Vereinigung konnte in rechtlicher Hinsicht als fraglich und unzulässig bewertet werden. Dies konnte später bei der Ratifizierung ernsthafte Schwierigkeiten hervorrufen.“⁹⁵

An anderer Stelle erklärte er die polnische Interessenlage im deutschen Vereinigungsprozess und argumentierte auch hier vorzugsweise mit innenpolitischen Motiven: Mazowieckis Konzeption fand allgemeine Unterstützung im Lande. Die Polen reagierten nicht nur den tiefsitzenden Jalta-Komplex ab, sondern auch eine große Woge neuer Befürchtungen und Phobien angesichts der raschen Einigung Deutschlands. „Mit ihrem energischen Einsatz für eine Beteiligung Polens am „Zwei-plus-Vier“-Prozeß verschaffte die Regierung sich Rückhalt in der Bevölkerung, und zugleich zerstreute sie Befürchtungen, daß unsere Angelegenheiten wieder einmal ohne uns und gegen unsere Interessen entschieden werden“. Allerdings: „Was Polen dann im Juli auf der Pariser „Zwei-plus-Vier“-Sitzung erreichte, hätte man wohl auch ohne den ganzen mühsamen Einsatz erreichen können: die Teilnahme des polnischen Außenministers Skubiszewski an einer Sitzung, auf der die Einbeziehung der Grenzfrage in die Gesamtregelung der internationalen Bedingungen der Einigung Deutschlands geklärt wurde.“⁹⁶

95 Hajnicz, Polens Wende, S. 80.

96 Artur Hajnicz, Deutschland 1989-1990: Die andere Seite verstehen, in: Deutsche und Polen. 100 Schlüsselbegriffe. Hrsg. v. Ewa Kobylńska, Andreas Lawaty, Rüdiger Stephan, München 1992, S. 450-456, hier S. 453.